SPD-Fraktion Neunkirchen, Mittelstraße 7, 57290 Neunkirchen Tel. (02735) 65 88 70 / Mobil 0174 70 70 40 1

PRESSE-INFORMATION 28.03.2019

## Sicherheit für Fußgänger und Radfahrer hat Priorität

SPD weist Kritik der UWG zurück

In ihrer Fraktionssitzung vom 27.03.2019 wiesen die Neunkirchener Sozialdemokraten die seitens der UWG geäußerte Kritik an einer Pressemitteilung der SPD einmütig zurück. Der UWG-Fraktionsvorsitzende Lichtenthäler verkenne die Gefahren vor dem Familienbad, die durch zunehmenden LKW- und PKW-Verkehr entstehen. Es gehe auch nicht um die Sicherheit der Kreuzung, sondern eben um den Schutz der Besucher vor dem Familienbad.

Denn neben den Verkehrsströmen vom und zum Rassberg sowie dem Besucherverkehr zum Familienbad einschließlich der "Schwimmbusse", werde die Umgestaltung der Logistik und Struktur durch den angrenzenden Industriebetrieb zu einer Zunahme des LKW-Verkehrs führen. Dadurch würden Fußgänger und Radfahrer, die das Familienbad besuchen, beim Queren der Jung-Stilling-Straße aufgrund des gesamten Verkehrsaufkommens und der problematischen Kurvenführung naturgemäß besonders gefährdet.

Wenn man mit Ratsmehrheit die Gefahren an der eingezogenen Fritz-Schäfer-Straße beseitigen wollte, darf man vor dem Familienbad keine anderen Maßstäbe anlegen. Gefahr bleibe Gefahr. Mit dem Sicherheitsgewinn für das Firmengelände müsse ein Sicherheitsgewinn vor dem Familienbad einhergehen, so der Fraktionsvorsitzende Jan Weigel und UVA-Mitglied Hans-Jürgen Schneider.

Und dies werde auf jeden Fall am besten durch eine Verbindung zwischen der Wildener Straße vor dem Ortseingang und der Jung-Stilling-Straße hinter dem Bad erreicht. Gleichzeitig wäre die bestehende Kreuzung (Einmündung Jung-Stilling-Straße) zu schließen. Dadurch würde der Freizeitverkehr am Familienbad von den Verkehrsströmen zum/vom Rassberg und dem Industriebetrieb getrennt. Ob dies mit oder ohne Kreisverkehr erfolgt, müsse noch näher untersucht werden, ergänzte der Vorsitzende des Bauausschusses Karl-Heinz Petri.

Für die SPD gehe es nicht um vordergründigen Populismus, sondern um einen fairen Interessenausgleich aller betroffenen Belange. Dazu gehören die Sicherheit von Fußgängern und Radfahrern, die Verkehrslenkung, die Interessen der Anwohner und Firmen ebenso wie Aspekte des Naturschutzes und die Kostenfrage. Im Ergebnis spreche viel für eine langfristige Lösung, welche die Nutzer der Freizeitanlage durch Umleitung der Verkehrsströme schützt und die Anlage damit gleichzeitig aufwertet, so abschließend die stellvertretende Bürgermeisterin Anne Lück.

F.d.R.: Jan Weigel, Fraktionsvorsitzender